

Protokoll über die 3. (2) Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1.

Wahlperiode

Ort: Potsdam / MBSJ
Tag: 06.07.2015
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 16:55 Uhr

Anwesende:

stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Günther, MdL
Frau Augustin, MdL (bis 16.30 Uhr)
Frau Bessin, MdL (von 14.15 - 15.40 Uhr)
Herr Mones
Frau Ebell (bis 16.35 Uhr)
Herr Decker
Frau Matthesius
Herr Tölke (ab 14.20 Uhr)
Frau Schlüter
Frau Uhlworm
Herr Dr. Ossege

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Müller, MdL (bis 15.55 Uhr)
Frau Schubert
Frau Schiefelbein (bis 16.00 Uhr)
Herr Isermeyer
Frau Beika (ab 14.35 Uhr)

entschuldigt:

Frau Dannenberg, MdL
Herr Gall
Frau von Halem, MdL
Frau Netzel

Herr Schneider
Herr Scharf
Herr Ullrich
Frau Schwenter
Herr Kretzschmar
Frau Reinicke
Frau Oltmanns
Frau Möller
Frau Berg

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Hilliger
Frau Ohm
Herr Grave

Gäste:

Herr Thiele (Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)
Frau Engeln (Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Protokollführung:

Herr Grave

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

Herr Mones stellt die Beschlussfähigkeit (13 stimmberechtigte Mitglieder) des Ausschusses fest. Gemäß § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist die Sitzung ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird in der versendeten Form vom 29.06.2015 einstimmig beschlossen.

Herr Mones informiert die Anwesenden über ein bei der Geschäftsstelle eingegangenes Schreiben des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO). Darin wird erklärt, dass Herr Schwochow aufgrund des Eintritts in den Ruhestand seine Mitgliedschaft im LKJA nicht mehr wahrnehmen kann. An seiner Stelle benennt das DWBO Frau Astrid Engeln als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den LKJA.

TOP 2: Genehmigung der Protokolle der Sitzungen des LKJA am 27.04.2015 und 29.06.2015

Frau Ebell verweist darauf, dass Sie betreffend TOP 8.2 des Protokolls vom 27.04.2015 im Gegensatz zur vorliegenden Formulierung ausgesagt habe, dass der fachliche „*Fokus nicht nur auf UmF zu setzen*“ sei und bittet um Richtigstellung.

Die Protokolle werden in der geänderten Form beschlossen:

- 27.04.2015 - 12Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmung/1 Enthaltungen
- 29.06.2015 - 11Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmung/2 Enthaltungen

TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen

3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Ebell berichtet, dass der Unterausschuss (UA) am 07.05.2015 und am 29.06.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

07.05.2015:

- zwei Verfahren zur Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe (in diesem Kontext Frage nach der Gültigkeit der Richtlinie des ehemaligen LJA)
- ESF-Richtlinie Produktionsschulen (Gäste: Herr Friedel, Frau Wilksch)
- Berufung zwei weiterer Mitglieder in den UA
- Vorbereitung der nächsten UA-Sitzungen

29.06.2015:

- zwei Verfahren zur Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe
- Jugendsozialarbeit mit jungen Flüchtlingen
- Vorstellung von Frau Gabriele Fütterer (SFBB)

3.2 Kindertagesbetreuung

Frau Schiefelbein berichtet, dass der Unterausschuss am 12.06.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Auswertung Regionalkonferenzen der Wohlfahrtsverbände (siehe Anlage 2)
- Fachtag GORBIKS (Ergebnisse werden online veröffentlicht)
- Essengeld in Kitas
- Kita-Finanzierung (Modellvorstellung durch Frau Thinius, Jugendamt Potsdam-Mittelmark)

3.3 Hilfen zur Erziehung

Herr Decker berichtet, dass der Unterausschuss am 29.05.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Stand der Raum- und Personalkriterien (Gast: Herr Hilliger)
- ESF-Förderprogramm „Schule/Jugendhilfe 2020“ (Gast: Frau Gellrich)

3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Herr Thiele berichtet, dass der Unterausschuss am 29.05.2015 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des § 79a SGB VIII (Gast: Herr Friedel),
Vorschlag: Veröffentlichung der Handlungsempfehlungen auf den Seiten des MBS
→ Kurze Diskussion im LKJA zur Frage des Interesses an § 79a durch die Jugendämter
- Überörtliche Jugendhilfeplanung (u.a. Arbeitskreis der örtlichen Jugendhilfeplaner)
- Anträge auf Berufung weiterer Mitglieder in den UA
- Jahresbericht SFBB/ Fortbildungsprogramm 2016
- Berufsabschlüsse (510/610-Stellenprogramm)

TOP 4: Berufung weiterer Mitglieder der Unterausschüsse

4.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Ebell stellt dem Ausschuss folgende Personen als zusätzlich zu berufende Mitglieder vor:

- Herr Marko Röstel (LAG Sozialarbeit an Schulen/ Jusev e.V.)
- Herr Jens Scheithauer (Leiter Stabsstelle Strategie, Prävention, Netzwerke im Landkreis Elbe-Elster)

Herr Röstel wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen).

Herr Scheithauer wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

TOP 5: Öffentliche Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe

5.1 Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe (VPK)

Herr Mones erklärt, dass das zukünftige Verfahren zur Anerkennung dringend thematisiert werden muss. In diesem Zusammenhang muss auch die Anwendbarkeit bzw. Übertragung der Richtlinie des ehemaligen Landesjugendamtes geklärt werden.

Folgend stellt Frau Ebell den Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe vor.

Von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses wird in einer offenen Abstimmung beschlossen (11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung), der obersten Landesjugendbehörde zu empfehlen, den VPK als **landesweiten Träger der freien Jugendhilfe** anzuerkennen.

Herr Isermeyer erinnert an die Diskussion im UA JJJ betreffend die Frage ob ein Verband als Träger anerkannt werden kann, wenn er keine eigenen Angebote vorhält.

Für zukünftige Verfahren wird verabredet, dass Beschlussvorlagen stärker inhaltlich untersetzt sein müssen. Der Verweis auf eine mündliche Begründung reicht nicht für eine Vorbereitung durch die Mitglieder des LKJA aus

Der UA JJQ wird gebeten, in Abstimmung mit dem MBSJ das vom LJA angewandte Raster auf der Grundlage der nicht mehr gültigen LJA- Richtlinie zur Anerkennung zu überarbeiten und dem LKJA vorzulegen. Des Weiteren wird im Verlaufe der Diskussion angeregt, die Anerkennungsverfahren in die Bearbeitung der für die Handlungsfelder zuständigen UA zu geben.

TOP 6: Position des LKJA zum Verfahren in Verbindung mit den Kriterien zu Personal und Raumstandards für das Betriebserlaubnisverfahren stationäre Hilfen zur Erziehung gemäß SGB VIII

Herr Decker stellt das Positionspapier vor. Wesentliche Problematik: Erfüllung des Arbeitszeitschutzgesetzes.

Es folgt eine Diskussion zur Frage des Begriffes der ‚Kindeswohlgefährdung‘ im vorliegenden Papier. Herr Isermeyer und Herr Hilliger erachten die Einbindung als schwierig. Frau Schlüter bittet, auch die kommunale Perspektive zu beachten. Es reiche nicht aus, lediglich Standards zu formulieren. Auch die Frage der Finanzierung müsse beachtet werden.

Im Weiteren skizziert Herr Hilliger den gegenwärtig laufenden Entwicklungsprozess einer bindenden, zum Ende des Jahres in Kraft tretenden Verwaltungsvorschrift für den Bereich die Mitarbeiter/-innen der Heimaufsicht. Ziel ist es, eine Transparenz hinsichtlich des Handelns der Heimaufsicht zu gewährleisten. Er schlägt vor, in der kommenden Sitzung am 28.09.2015 einen differenzierten Sachstand vorzustellen.

Folgende Korrekturen sollen vorgenommen werden:

- Überschrift 1 „*Beschlussempfehlung*“ → **Streichung**
- Absatz 1, Satz 1 „[...] *im Zusammenhang mit der Funktionalreform*“ → **Streichung**
- Absatz 5, Satz 1 „[...] *nach einer etwaigen Übertragung der Einrichtungsaufsicht auf die Kommunen*“ → **Streichung**

Das Positionspapier wird in der geänderten Fassung von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung beschlossen (9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen).

TOP 7: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG

7.1 Information zum Förderprogramm „Projekte Jugendhilfe/Schule 2020“

Herr Mones erläutert das Verfahren zur Benehmensherstellung im Anschluss an die vorangegangene (nicht beschlussfähige) Sitzung am 29.06.2015.

Es wird vermerkt, dass das Benehmen gem. § 12 Abs. 3 AG KJHG hergestellt wurde.

Mögliche Auswirkungen sollen in der Sitzung am 28.09.2015 thematisiert werden.

7.2 VV KitaPersV

Frau Ohm stellt die Überarbeitungen der Verwaltungsvereinbarung vor. Durch den UA Kita wurden keine Widersprüche formuliert.

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

Es wird vermerkt, dass das Benehmen gem. § 12 Abs. 3 AG KJHG hergestellt wurde (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 8: Anhörung des LKJA gemäß § 12 Abs. 4 AG KJHG

8.1 Landeszuschuss-Anpassungsverordnung (LaZAV)

Frau Ohm stellt die Anpassungsverordnung vor. Durch den UA Kita wurden keine Widersprüche formuliert.

Im Folgenden werden die zugrunde gelegten Vergleichsdaten durch Frau Schlüter kritisiert.

Es wird vermerkt, dass der LKJA gem. § 12 Abs. 4 AG KJHG gehört wurde (9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

8.2 Entwurf einer Rechtsverordnung gemäß § 25 Abs. 4 AGKJHG zur Kostenausgleichsregelung für die nach dem Bundeskinderschutzgesetz anfallenden Mehrbelastungen

Herr Hilliger stellt die Rechtsverordnung vor. Frau Schlüter hinterfragt die statistischen Angaben, deren Nachvollziehbarkeit nicht gegeben ist. Herr Hilliger erklärt, dass dies geprüft werde. Herr Isermeyer bittet darum, im Zusammenhang mit § 5 Revisionsklausel den Begriff ‚*Benehmen*‘ durch ‚*Einvernehmen*‘ zu ersetzen.

Es wird vermerkt, dass der LKJA gem. § 12 Abs. 4 AG KJHG gehört wurde (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen).

TOP 9: Arbeitsweise des LKJA gemäß § 12 Abs. 3 und 4 AG KJHG

Der TOP wird auf die Sitzung des LKJA am 28.09.2015 vertagt.

TOP 10: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

Herr Hilliger berichtet zu folgenden Themen

- Beschluss des Landeshaushaltes (u.a. 50 Stellen für Schulsozialarbeit, 510-Stellen-Programm, 300.000 € für außerschulische Bildung)
- Zustimmung zur Verwaltungsvereinbarung betreffend den Heimfonds
- Änderung des Kita-Gesetzes (neuer § 6a betreffend die Mitwirkung der Eltern auf Landes- und Kreisebene)
- Verteilung der UmF im Kontext der Änderungen des SGB VIII:
 - Herr Hilliger skizziert kurz das bundesgesetzliche Verfahren. Der Referentenentwurf sieht ein zweistufiges Verfahren vor: 1. Stufe: erste Klärung; 2. Stufe: Verteilung an

Zieljugendämter (Land → Jugendamt) sowie Clearing/ Inobhutnahme (10 Wochen), anschließend ggf. Aufnahme in Jugendhilfeeinrichtung

- Weitere Themen:
 - a) Bundesländer einigen sich auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Altersfeststellung
 - b) Eine gesetzliche Änderung betreffend die Einrichtung von Schwerpunktjugendämtern wird angestrebt.
 - c) Kostenerstattung der Unterbringung erfolgt über die Länder,
 - d) Mit Ausnahme psychisch stark belasteter Kinder und Jugendlicher soll es keine speziellen Einrichtungen im Anschluss an das Clearingverfahren geben.
 - e) Frage der Beschulung ist noch offen.
- Neue Weiterbildungsrichtlinie (siehe http://www.ilb.de/de/arbeitsfoerderung/aktive_arbeit_programme/foerderung_der_beruflichen_weiterbildung_im_land_brandenburg/index.html)
- Staatsvertrag betreffend die Stiftung Demokratische Jugend (Strukturanpassung reale Möglichkeiten)
- Diskussion um Änderung der §§ 45 ff. SGB VIII; dazu Einrichtung einer länderoffenen AG auf der Grundlage eines Beschlusses der Jugend- und Familienministerkonferenz

Betreffend die Thematik der UmF berichtet Frau Matthesius von einem Vernetzungstreffen mit Trägern die interessiert sind, ggf. Angebote für UmF aufzubauen.

Betreffend die Thematik Sozialarbeit an Schulen hinterfragt Herr Thiele die Rolle des Landes bei der Verteilung der Stellen. Herr Hilliger erklärt, dass es diesbezüglich keine Intervention geben wird. Es besteht auch kein Ausschlussverfahren dahingehend, dass an Oberschulen, an denen bereits Stellen vorhanden sind, kein weiteres Personal gebunden werden darf.

TOP 11: Verschiedenes

- Kritik, dass es immer wieder Probleme mit dem Parken auf dem Gelände des MBSJ gibt. Herr Hilliger bietet an, dass sich die Mitglieder vor einer Sitzung an sein Büro wenden können und dieses die Parkmöglichkeit realisiert.
- Abrechnung der Fahrkosten für die Teilnahme an den Sitzungen des LKJA und der UA. Herr Grave erklärt, dass auf der Website des MBSJ eine Formatvorlage zur Abrechnung hinterlegt ist.

Herr Mones schließt die Sitzung um 16.55 Uhr.

gez. Bernd Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer/-in